



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/92

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

21. April 1953

Vor der Entscheidung des Bundesrates	S. 1
Bundespräsident Körner - 80 Jahre	S. 3
Kommandowechsel in Karlsborat	S. 5
Zur Landtagsnachwahl in Leer	S. 6

Die Länder und die Verträge

(sp) Um die bevorstehenden Beratungen des Bundesrates über die Westverträge - seines Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten am Donnerstag, und des Plenums am Freitag - wird in diesen Tagen manches Geheimnis gewoben. Die Schlüsselstellung des Landes Baden-Württemberg gibt seit Wochen Anlaß zu viel Kopfzerbrechen, die Person des Ministerpräsidenten Reinhold Meier, z.Zt. auch Präsident des Bundesrates, ist stark in den Vordergrund getreten. Dann hat die Frage des angeblich gefährdeten Bestandes der aus SPD, DVP und BHE zusammengesetzten Stuttgarter Regierung in den öffentlichen Überlegungen eine Rolle gespielt. Schließlich hielt es der Kanzler für richtig, in den USA der Stellungnahme des Bundesrates mit dem Bemerkten vorzugreifen, er sei sicher, daß der Bundesrat den Verträgen zustimmen werde. Nun hat die Regierung in Stuttgart am Montag beschlossen, in einer Ministerratssitzung am Tage der Vorentscheidung im Auswärtigen Ausschuß des Bundesrates in Bonn selbst ihre endgültige Haltung zu bestimmen.

Betrachtet man die Dinge kühl und leidenschaftslos, dann muß man zunächst wohl feststellen, daß seit dem 20. Juni 1952, dem Tage an dem der Bundesrat einstimmig beschloß, die Klärung der verfassungsrechtlichen Frage jeder politischen Entscheidung in der Sache selbst vorzugehen zu lassen, nichts geschehen ist,

was die Berechtigung dieser Überlegung hätte mindern können. Reinhold Meier hat kürzlich in einer ausführlichen Darstellung der Zusammenhänge sehr deutlich gemacht, weshalb diese Haltung auch heute volle Gültigkeit haben sollte. "Dieses Problem muß anständig gelöst werden", hat er erklärt und hinzugefügt, es sei unvernünftig, einem anzweifelbaren Beschluß des Bundestages einen ebenso anzweifelbaren Beschluß des Bundesrates folgen zu lassen. Die Rechtsgültigkeit bzw. -ungültigkeit der Verträge müsse so früh wie möglich geklärt werden, eine nachträgliche Desavouierung politischer Entscheidungen der höchsten Körperschaften des Bundes durch das höchste Gericht müsse die Autorität des ganzen Staates aufs Spiel setzen.

Der Weg der verfassungsmäßigen Klärung, den der Bundesrat gehen könnte und, wenn nicht Überraschungen eintreten, wohl auch gehen wird, dürfte der eines Vorschlages an Bundestag und Bundesregierung sein, sich mit dem Bundesrat zu einem Antrag auf Erstattung eines Gutachtens durch das Bundesverfassungsgericht zusammen zu finden. Dabei ist natürlich nicht ohne weiteres klar, wie sich in einem solchen Falle die beiden Angesprochenen verhalten werden. Überzeugende Gründe, sich einem solchen Vorschlag zu versagen, werden sie kaum vorbringen können. Eine starke Stütze des Vorschlages würde auch in der Einstellung des Bundespräsidenten liegen, der seinen Willen erkennen ließ, nicht vor einer Klärung der verfassungsmäßigen Situation zu unterschreiben. Sollte sich der Bundeskanzler trotzdem nicht dazu entschließen können, diesen Weg zu gehen, bleibt immer noch das Mittel der Normenkontrollklage, das die SPD wiederholt als letzte Möglichkeit genannt hat.

Darüber hinaus jetzt schon Vermutungen über weitere Eventualitäten anzustellen, erscheint wenig sinnvoll. Sicher wird der Bundeskanzler am Donnerstag vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundesrates schweres Geschütz auffahren. Aber das Gremium, vor dem er an diesem Tage zu sprechen hat, ist als eine Versammlung sehr nüchtern denkender Männer bekannt. Sie werden sich alles genau anhören, aber durchaus ihre eigenen Gedanken haben. Die Kulisse des rauschenden Beifalles, an die Dr. Adenauer sich in den USA und in den drei Hamburger Tagen so gewöhnt hatte, wird hier fehlen.

+ + +

Der Bürgermeister von Österreich

O.R.-Wien, im April

Am 24. April feiert der österreichische Bundespräsident, General a.D. Dr. h. c. Theodor Körner seinen 80. Geburtstag. "Feiert" ist allerdings zu viel gesagt, denn der greise Staatsmann hat den Wunsch ausgesprochen, dieses Fest ohne Gepränge vorbei gehen zu lassen, von der Entsendung von Delegationen oder Ansuchen um persönliche Vorsprachen abzusehen und keine Geschenke zu übersenden.

Die Hochschätzung, die der Bundespräsident in allen Schichten der Bevölkerung genießt, basiert auf einem entsagungsreichen Leben, einer persönlichen Leistung innerhalb zweier verschiedener Epochen. Die erste: Theodor Körner kommt aus einer Offiziers- und Beamtenfamilie. Bereits als Leutnant hatte er das Militärverdienstkreuz erhalten. Als Heerführer des ersten Weltkrieges geht er in die Kriegsgeschichte ein: Sein Name ist mit dem Durchbruch bei Tolmein (1917) für immer verbunden.

Die zweite Epoche: Der vielfach dekorierte Generalstabsoberst Körner kehrt in ein zerschlagenes, aus vielen Wunden blutendes Österreich zurück. Von Dr. Julius Deutsch wird er zur Organisierung des Republikanischen Schutzbundes berufen. Er schafft der Sozialdemokratischen Partei eine schlagkräftige Truppe, die in der österreichischen Innenpolitik eine entscheidende Rolle spielt. Körner trauert nie der Vergangenheit nach, er bemüht sich, wie er einmal sagte, jede Aufgabe nach bestem Können zu lösen. Und so stellt man ihm 1945 eine besonders schwierige: Man wählt den 72jährigen zum Bürgermeister der österreichischen Hauptstadt, die nach 52 Luftangriffen und nach zehntägigen Straßenkämpfen unter dem Chaos ebenso leidet wie unter dem Hunger und unter der Qual der Besetzung. Wenn die österreichische Bundeshauptstadt heute wieder ein fast friedensmäßiges Gesicht zeigt, so verdankt sie es der Unermülichkeit Theodor Körners.

Als der "Baumeister der Republik" Dr. Karl Renner knapp nach seinem 80. Geburtstag die Augen schloß und das österreichische Volk zum ersten Male in seiner Geschichte aufgerufen wurde, sein Staatsoberhaupt zu wählen, sprach es dem Bürgermeister von Wien, der nichts anderes sein wollte als der "Bürgermeister von Österreich", gegen den um 20 Jahre jüngeren und charmanten Landeshauptmann von Oberösterreich

Dr. Heinrich Gleißner, das Vertrauen aus. Die Sozialisten haben einen guten Griff getan, als sie den greisen Soldaten und Politiker, der auch als Bundespräsident Sozialist bleiben will, für das höchste Amt kandidierten und die abseits Stehenden beruhigten, daß dieser Mann, durch Tradition den guten Geistern Österreichs verbunden, sich nicht auf politische Experimente einlassen werde. Gerade in der jüngsten Zeit hat General Körner bewiesen, daß er sein Amt nicht als politische Pfründe auffaßt, sondern überraschend energisch in die Innenpolitik einzugreifen versteht. Er hat (durchaus im Sinne der Sozialistischen Partei) bei der Regierungsbildung nach der Parlamentswahl vom 22. Februar auf die Fortsetzung der bisherigen bewährten Koalition zwischen der Volks-Partei und der SPÖ eingewirkt. Sein Amt läßt ihm eine außerordentlich große Handlungsfreiheit. Von den österreichischen Bundespräsidenten wurde sie jedoch bisher so gut wie nicht genutzt. So bildete sich im Volke die Vorstellung, der Präsident habe keine anderen Rechte als Vorgeschlagenes zu akzeptieren.

Dr. Körner brach mit dieser Tradition. Er begann, als Achtzigjähriger, eine neue Ära der österreichischen Innenpolitik. Nach der Verfassung ist es dem Bundespräsidenten möglich, die Regierungspolitik entscheidend zu beeinflussen, das Kabinett nach eigenem Gutdünken zu entlassen. Körners energisches Eingreifen in die Verhandlungen, die zur Bildung des Kabinetts Raab führten, zeigen jedenfalls, daß er nicht gewillt ist, die Repräsentationsfigur zu spielen. Mit anderen Worten: Durch Körner wurde das Amt des Bundespräsidenten eine innenpolitische Kraft, die bisher nicht berücksichtigt zu werden brauchte. Eine kraftvolle Persönlichkeit an der Spitze des Staates ist ein Positivum, das besonders in schweren Zeiten geschätzt wird. Deshalb schätzt und ehrt Österreich sein greises Staatsoberhaupt ohne Unterschied der politischen Überzeugung.

+ + +

Der neue Boß in Karlshorst

ae. Seit fast sechs Jahren dirigierte von Ostberlin aus der politische Berater der Sowjetischen Kontroll-Kommission und bevollmächtigter Botschafter, Wladimir S. Semjonow, die sowjetische Deutschlandpolitik. Die plötzliche Abberufung dieses Mannes, der wie ein Deutscher aussieht, sich wie ein Franzose bewegt, wie ein Engländer spricht und wie ein Russe denkt (so charakterisierte ihn ein exilierter Ostpolitiker, der viel mit Semjonow verkehrt hatte), gibt der Welt ein neues Rätsel auf. Er galt als ein besonderer Vertrauensmann Stalins, in dessen Auftrag er sich von 1942 bis 1945 in besonderer Mission in Stockholm aufhielt. Seine Hauptaufgabe bestand in der Beobachtung der Lage in Deutschland, wozu ihn eine umfassende Kenntnis der deutschen politischen Literatur prädestinierte. Schon als Botschaftsrat erregte der vielgewandte Mann, der sich mit großem Geschick auf dem diplomatischen Parkett bewegte, 1940 die Aufmerksamkeit der Wilhelmstraße. Für seine Stockholmer Tätigkeit erhielt er hohe sowjetische Auszeichnungen.

Zunächst blieb Semjonow während seines zweiten Berliner Aufenthaltes im Hintergrund. Erst die Abberufung Tulpanows machte ihn zu einer der entscheidenden Schlüsselfiguren in der sowjetischen Deutschlandpolitik. Seine Weltoffenheit, verbunden mit äußerster Konzilianz, verlockte einst Truman zu der Bemerkung, daß es in der Umgebung Stalins Leute gebe, die "in äußerstem Maße bestrebt seien, mit den USA zu einer Verständigung zu gelangen". Eine etwas voreilige Bemerkung - sie fiel nach der Aufhebung der Berliner Blockade - denn unmittelbar darauf erfolgte die Verschärfung des Kalten Krieges, und Jahre später die völlige Abschmürung der Sowjetzone vom Westen. Von der Nützlichkeit der SED als Werkzeug zur Eroberung Gesamtdeutschlands hielt der kluge Semjonow nicht viel. Er ist der eigentliche Initiator jener vielen Tarnorganisationen, mit deren Hilfe Karlshorst Westdeutschland sozusagen von innen her zu erobern gedachte. Das Liebäugeln mit bürgerlichen Hilfstruppen hinderte Semjonow freilich nicht, im Vorjahr das Startsignal für die Kollektivisierung der ostdeutschen Landwirtschaft zu geben, eine Maßnahme, die mit dem völligen Zusammenbruch der Versorgungslage endete.

Der Nachfolger Semjonows, Pawel Yudin, Mitglied des Zentralkomitees und ehemaliger Chefredakteur der Zeitschrift "Der Kominform",

gilt in der Sowjetunion als der beste Philosoph unter den NKWD-Männern und als der beste NKWD-Mann unter den Philosophen. Er gehört zum innersten Kreis des Kreml. In dem Buch von Vladimir Dedijer: "Tito spricht" ist folgende charakteristische Episode enthalten: Während eines Gesprächs des jugoslawischen Botschafters in Moskau mit dem damals noch lebenden Schdanow betrat Yudin, in der Hand Korrekturbögen der "Kominform" haltend, unter tiefen Verbeugungen das Zimmer, legte die Bogen auf den Tisch und entfernte sich, wieder oft verbeugend, wortlos aus dem Raum. Diesem Mann, der es nicht wagte, das von ihm redigierte Sprachrohr "Der Kominform" ohne vorherige Durchsicht vom Kreml in Druck zu geben, vertraute Moskau nun die Durchführung seiner Politik in der Sowjetzone an. Seine erprobte Ergebenheit und Servilität gibt Stalins Nachfolgern die Gewißheit, daß, wie immer sie auch ihre künftige Deutschlandpolitik gestalten mögen, sie bedingungslos befolgt wird. Dem neuen Boß von Karlshorst, geschult in der NKWD, dürfte zunächst die Aufgabe zufallen, die Sowjetzone noch stärker als bisher an die Sowjetunion zu binden.

+ + +

Zur Nachwahl in Leer

(sp) Das Ergebnis der Nachwahl zum Niedersächsischen Landtag im Wahlkreis Leer ist vom sozialdemokratischen aber auch vom demokratischen Standpunkt schlechthin unerfreulich. Den Erfolg hat keine andere Einzelpartei, wohl aber eine in der sogenannten Unabhängigen Wählergemeinschaft vereinte Summierung verschiedenster politischer Kräfte errungen, deren wichtigstes Kennzeichen ihre innere Uneinheitlichkeit und Gegensätzlichkeit ist. Sie wurde freilich im Wahlkampf von dem gemeinsam benutzten Schlagwort des Kampfes gegen den Marxismus überdeckt und mit dieser rein negativen Parole wurde und wird versucht, eine eigene gemeinsame politische Konzeption vorzutäuschen, die nicht vorhanden ist.

Die bürgerlichen Parteien haben also offenbar nicht mehr das Vertrauen zu sich, getraut in die Arena zu treten. Deshalb einigte man sich auf einen Sammelkandidaten von bemerkenswerter politischer Farblosigkeit, von dem unmittelbar nach seiner Wahl nur gesagt wurde, er werde "wahrscheinlich" der Union aus DP und CDU beitreten. Immerhin ist bekanntgeworden, daß sich Mitglieder der SRP um Dr. Conring bemühten, als diese Partei noch nicht verboten war. Die Zusammensetzung der Wählergemeinschaft zeigt im übrigen klar, wie stark innerhalb der bürgerlichen Parteien schon wieder der Hang der Annäherung an den Rechtsradikalismus geworden ist. Jedenfalls wird der Wähler durch diese Art der politischen Kräftebildung absichtlich über den politischen Standort des Kandidaten in wichtigen Einzelfragen im Unklaren gelassen. Der Klarheit und Sauberkeit des demokratischen Denkens und Handelns wird durch diese Praxis der Verlegenheitslösungen mit Hilfe der Aufstellung von Sammelkandidaten ohne festumrissenes politisches Profil gewiß nicht gedient.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau